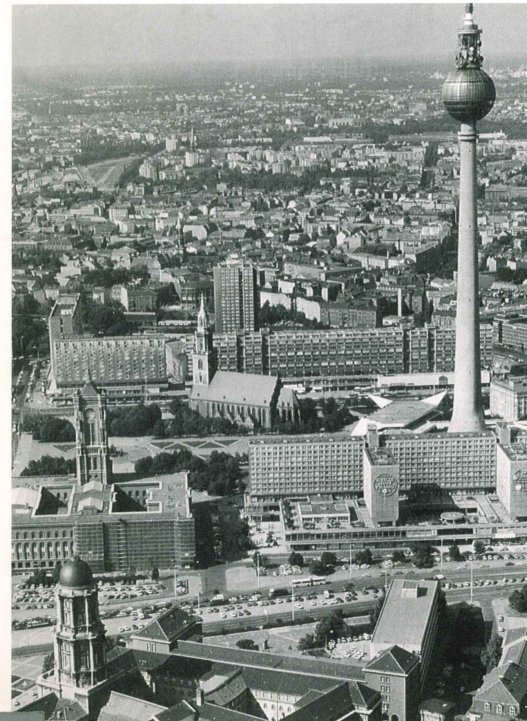


**Unabhängige Kommission zur  
Umbenennung von Straßen**

**ABSCHLUSSBERICHT**  
vom 17. März 1994



Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Ella Barowsky  
Dr. Ursula Besser  
Prof. Dr. Laurenz Demps  
Peter Matz  
Prof. Dr. Christoph Stölzl  
Prof. Dr.  
Heinrich August Winkler



8885

Chronik Pankow  
- Archiv -

Inv.-Nr. 8885

Neg.-Nr. ....

#### Impressum:

Herausgeber: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe, Berlin 1994  
Geschäftsführung der Kommission: Karl Hennig, Alexander Kaczmarek  
Konzept und Gestaltung: Krüger+Partner, die Satzmannschaft

#### Bildnachweis:

H. Haase: Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe, Berlin  
R. Hilferding, T. Wolff und Sophie Dorothea: „Ullstein“  
Alle anderen Bilder mit freundlicher Genehmigung der Landesbildstelle Berlin

## Vorwort des Senators für Verkehr und Betriebe

Über die Straßennamen aus der DDR-Zeit und ihren Erhalt oder ihre Abschaffung wird in Berlin seit längerem ausführlich gestritten. Das Beispiel Wilhelmstraße/Otto-Grothe-wohl-Straße zeigt, daß die Benennung einer Straße im zentralen Bereich durchaus bundesweite Bedeutung hat. Es zeigt aber auch, wie sich die Rückbenennung einer Straße zu einem unproduktiven Machtkampf zwischen Bezirk und Senat entwickeln kann.

Ich teile die Meinung vieler Berliner, daß es noch eine ganze Reihe von Straßennamen



Prof. Dr. Herwig Haase

gibt, die dringend überprüft werden sollten, weil sie demokratischen Traditionen widersprechen und uns in der Hauptstadt-Auseinandersetzung Berlin-Bonn schaden. Der Wunsch nach weiteren Umbenennungen kam in vielen Bürgerbriefen zum Ausdruck, die meine Verwaltung in den letzten Monaten erhielt. Allerdings sollte unserer Stadt eine weitere unwürdige und provinzielle Auseinandersetzung, wie um die Wilhelmstraße, erspart werden. Ich wollte deshalb die Frage der Straßennamen dem politischen Streit entziehen und sie einer unabhängigen Kommission angesehener Bürger Berlins zur Beratung vorlegen. Die Einsetzung einer Kommission - und auch die Personenvorschläge - wurden mit den BVV-Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD in Mitte im Vorfeld abgestimmt.

Die Unabhängige Kommission hatte die Aufgabe, Straßennamen in Berlins historischer Mitte zu überprüfen und gegebenenfalls Vorschläge für Rück- oder Neubenennungen zu machen.

Zur Mitarbeit haben sich bereiterklärt: Prof. Dr. Arnulf Baring, Historiker, Freie Universität Berlin; Dr. Ella Barowsky, Bezirksbürgermeisterin a.D. und Stadtälteste; Dr. Ursula Besser, Stadtälteste von Berlin; Prof.

Dr. Laurenz Demps, Historiker, Humboldt-Universität; Peter Matz, Referent im Bischöflichen Ordinariat; Prof. Dr. Christoph Stölzl, Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums; Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Historiker, Humboldt-Universität.

Die Kommissionsmitglieder waren nicht als Vertreter von Institutionen, sondern als unabhängige Persönlichkeiten tätig. Sie arbeiteten ehrenamtlich und erhielten keine finanzielle Leistungen für ihre Tätigkeit. Die Kommission hat seit 17. September 1993 sechsmal getagt.

Im Rahmen der Zuständigkeit für das Straßenrecht haben Fachabteilungen der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe der Kommission zugearbeitet. Außerdem waren weitere Wissenschaftler als Gutachter bereit, die Kommission unentgeltlich zu beraten. Die Geschäftsführung für die Kommission wurde im Leitungsbereich der Senatsverwaltung ohne zusätzliche Kosten oder Überstundenausgleich wahrgenommen.

Ich bin dankbar, daß sich die Mitglieder der Kommission trotz hoher Arbeitsbelastung und anderer Verpflichtungen für diese Aufgabe engagiert haben. Angesichts der Haushaltslage des Landes Berlin halte ich diese Form der ehrenamtlichen Mitarbeit für beispielhaft.

Prof. Dr. Herwig Haase  
Senator für Verkehr und Betriebe



## Präambel

Ein besonders sensibles Element des Erinnerungsmusters einer Stadt sind die Straßenbenennungen. Wo es sich nicht um harmlose Erbschaft topographischer oder anekdotischer Vergangenheiten handelt, werden sie in der Regel als „Ehrung“ verstanden. Sie sind deshalb Teile der Traditionsstiftung einer Gesellschaft. Straßennamen sind in der Regel unkommentiert. Die Berliner Praxis verfährt in diesem Sinne. Im Gegensatz zur Distanzierung und Kommentierung, wie sie bei den historischen Erinnerungen im Museum und in der Gebäudebeschilderung möglich sind, wird der Straßename ganz allgemein als Zustimmung verstanden.

Wo es sich um prestigeträchtige Stadtteile wie Regierungsviertel oder historische Stadtzentren handelt, kann davon ausgegangen werden, daß Einheimische wie Besucher, nicht zuletzt die Staatsgäste die Straßennamen auch als bewußtes Bekenntnis sowohl der Hauptstadt wie des Landes lesen werden.

Deshalb sollen Straßennamen im Stadtzentrum einer Hauptstadt von einer breiten Mehrheit der Bürger angenommen werden. Das bedeutet, daß sie in einem möglichst weiten Sinne alle Traditionen, die im Gedächtnis einer pluralistischen, toleranten Demokratie Platz haben, widerspiegeln. Daneben sollten sie, so gut es geht, an die spezifische Geschichte erinnern, in unserem Falle die Geschichte Brandenburg-Preußens und der Stadt Berlin.

In der politischen Kultur des vereinigten demokratischen Deutschland können die Zeichen- und Symbolsetzungen einer überwundenen Diktatur nicht ungeprüft bleiben. Für eine generelle Historisierung und Neutralisierung, wie sie z.B. den Symbolen länger zurückliegender politischer Epochen, etwa der Zeit der Fürstenstaaten zugestanden werden kann, ist die Erinnerung an das Leid, das von der zweiten deutschen Diktatur ausgegangen ist, zu frisch.

Überprüfung meint nicht pauschale Verwerfung. Auch die Zeichen der DDR gehören zum geschichtlichen Erbe der Bundesrepublik. Sie können aber nur dann gewichteter Teil eines Erinnerungsmusters werden, das die gesamte

Vergangenheit in gerechten Proportionen widerspiegelt.

Die DDR hat zahlreiche Straßen und Plätze umbenannt. Das gilt auch für die historische Mitte Berlins. Manche dieser Umbenennungen sind nicht umstritten und werden Bestand haben. Andere Straßennamen sind Ausdruck der Geschichtspolitik der zweiten deutschen Diktatur und ihrer führenden Partei. Zur Geschichtspolitik der SED gehörte es, die Rolle ihrer Vorgängerpartei, der KPD, unkritisch, ja glorifizierend darzustellen. Verschwiegen wurde, daß die KPD und die Kommunistische Internationale erheblich zur Zerstörung der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, und damit, wenn auch ungewollt, zum Triumph der Nationalsozialisten beigetragen



Hegel-Denkmal auf dem Hegel-Platz

haben. Im kommunistischen Widerstand gegen die NS-Diktatur sah die SED stets die folgerichtigste und höchste Form des Antifaschismus. Entsprechend einseitig verfuhr die führende Partei der DDR bei der Benennung von Straßen und Plätzen.

Nirgendwo bedarf diese Praxis so dringend einer kritischen Überprüfung wie in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt. Dieser Teil Berlins hat für die gesamte Bundesrepublik Deutschland eine herausgehobene Bedeutung. Er gehört nicht nur den Berlinern, sondern allen Deutschen. Deswegen gilt es gerade hier, historische Einseitigkeiten und Verfälschungen der SED zu korrigieren. Die historische Mitte der Bundeshauptstadt darf nicht den Stempel des Geschichtsbildes einer Partei tragen. Sie muß vom Geist des Pluralismus geprägt sein.

Die Kommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß die zweite deutsche Demokratie keinen Anlaß hat, Politikerinnen und Politiker zu ehren, die aktiv an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mitgewirkt haben. Dasselbe gilt auch für Politikerinnen und Politiker, die nach 1933 die eine totalitäre Diktatur, die der Nationalsozialisten, bekämpft haben, um eine andere totalitäre Diktatur, die der Kommunisten, an ihre Stelle zu setzen.

Die zweite gesamtdeutsche Demokratie sollte die Erinnerung wachhalten an Politikerinnen und Politiker, die sich für Menschen und Bürgerrechte, für Rechtsstaat und Demokratie eingesetzt haben. Soweit die Kommission die Neubenennung von Straßen vorschlägt, befürwortet sie vor allem die Ehrung von Menschen, für die Recht und Freiheit verpflichtende Werte

waren. Dazu gehören namentlich die Vorkämpfer des Rechtsstaates im 19. Jahrhundert, die Verteidiger der ersten gesamtdeutschen Demokratie, der Weimarer Republik, die Träger des antitotalitären Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur und die demokratischen Gegner der SED-Diktatur.

Die gemeinsame deutsche Geschichte der Jahre 1918 bis 1933 nimmt bei den Vorschlägen für Neubenennungen auch deswegen einen so prominenten Platz ein, weil die SED die Weimarer Republik besonders einseitig und verzerrt dargestellt hat. Aber auch in der alten Bundesrepublik wird oft verkannt, was die Erfahrung von Weimar für die Geschichte der deutschen Demokratie bedeutet. Die zweite gesamtdeutsche Demokratie steht in einer gemeinsamen schwarz-rot-goldenen republikanischen Tradition. Sie zu pflegen, ist eine Aufgabe aller Demokraten.

Die Kommission schlägt weiter vor, Straßen in der Mitte Berlins nach zwei großen Gestalten der Geistes- und Kulturgeschichte, nämlich Hegel und Schinkel, zu benennen, deren Bedeutung Berlin bisher, was Straßennamen angeht, nicht gerecht geworden ist.

Weitere Grundprinzipien für die vorgeschlagenen Straßennamen sind: Rückgriffe auf historische Straßennamen, die auf die Entstehungsgeschichte des Viertels (Dorotheenstraße) oder auf das Alltagsleben von Berliner Bürgern in vergangenen Tagen (z.B. Treidelufer) verweisen. Erreicht werden sollen damit langandauernde Straßennamen, die von der Tagespolitik unabhängig sind und die Bürger vor vermeidbaren Belästigungen durch häufige Umbenennungen bewahren.



## Die Kommission empfiehlt, den Bersarinplatz in **Baltenplatz** rückzubenennen.

Die Umbenennung des Bersarinplatzes in Baltenplatz ist in doppelter Hinsicht wünschenswert:

Die Umbenennung stellt erstens eine Rückkehr zum ursprünglichen Namen des Platzes dar und folgt insofern dem Prinzip der Kommission, nach Möglichkeit auf die Straßennamen zurückzugreifen, die vor 1933 gültig waren.

Zweitens ist es ein Zeichen politischer Sympathie für die nach dem Erhalt ihrer Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken, wenn der bisherige Namenspatron, der sowjetische Generaloberst Nikolai Bersarin, zugunsten der jahrzehntelangen von der UdSSR völkerrechtswidrig annektierten und noch heute von Moskau bedrohten Balten-Staaten abgelöst wird.

Der neue Name wird auch keine nationalistischen oder irredentistischen Assoziationen hervorrufen. Zwar ist es richtig, daß der Baltenplatz vermutlich ursprünglich an die Deutschen erinnern sollte, die seit dem 12. Jahrhundert im Baltikum siedelten und dort jahrhundertlang die Oberschicht bildeten. Allein für sie bürgerte sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Bezeichnung „Baltendeutsche“ oder „Balten“ ein.

Allerdings wurden bis ins 20. Jahrhundert hinein nur „Kurland, Livland und Estland“ zum Balikum gerechnet - also etwa das Gebiet der heutigen Staaten Lettland und Estland. Litauen war in diesem Sinne nicht „baltisch“. Dieser Sprachgebrauch blieb bis ins Dritte Reich hinein üblich, als man unter Balten die „deutschen Bewohner der ehemals russischen Ostseeprovinzen Livland, Estland und Kurland“ verstand.

Jedoch fand mit den demographischen Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges, welche die Geschichte der Deutschen im Baltikum unwiderruflich beendeten, auch ein Wandel im Sprachgebrauch statt: Seither

verstand man unter Balten „die Gesamtbevölkerung der baltischen Staaten“, zu denen außer Lettland und Estland nun auch Litauen gezählt wurde.

Diese sprachliche Entwicklung hat auch nach dem Ende der Sowjetunion Bestand. So schreibt Klemens Ludwig in seinem Baltikum-Führer von 1992: „Wenn in diesem Buch von den Balten die Rede ist, so sind damit die Esten, Letten und Litauer als politische Einheit gemeint.“

Die Bezeichnung Baltenplatz ist demnach



Der Bersarinplatz im Stadtbezirk Friedrichshain

zwar in formaler Hinsicht eine Rückbenennung, jedoch inhaltlich - und somit in der politischen Stoßrichtung - eine Neubenennung, die auch als solche verstanden und in der Öffentlichkeit gebilligt werden wird.

### Minderheitenvotum

Der heutige Name des ehemaligen „Baltenplatzes“ erinnert an den ersten sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin, Nikolai E. Bersarin, der am 16.10.1945 bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam. Die Umbenennung erfolgte im Juli 1947, also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Louise Schröder unterzeichneten Beschluß des (Gesamt-) Berliner Magistrats. Wir sehen keinen Anlaß, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Dr. Ella Barowski, Prof. Dr. Laurenz Demps Prof. Dr. Heinrich August Winkler

## Die Kommission empfiehlt, die Clara-Zetkin-Straße in **Dorotheenstraße** rückzubenennen.



Dorotheenstraße 7-10 um 1900 (später: Universitätsbibliothek)

Clara Zetkin (1857 - 1933) war ab 1891 Herausgeberin der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Sie engagierte sich vor allem für die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau und für das Frauenwahlrecht. Während des Ersten Weltkriegs schloß sie sich der Spartakusgruppe und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Anfang 1919 trat sie der KPD bei, blieb aber aus taktischen Gründen zunächst noch Mitglied der USPD. Auf dem „Revolutionsparteitag“ der USPD im März 1919 versuchte sie, diese Partei auf einen entschieden antiparlamentarischen Kurs festzulegen. Von 1919 bis 1924 und von 1927 bis 1929 war sie Mitglied der Zentrale (Zentralkomitee) der KPD, von 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordnete dieser Partei und von 1921 bis 1933 Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Als überzeugte Anhängerin Lenins verteidigte Zetkin die Parteidiktatur der Bolschewiki, wie sie seit dem Oktober 1917 in Rußland entstanden war. Ihre mehrfach bekundete Distanz zu ultralinken Tendenzen in der eigenen Partei hielt sie nicht davon ab, in der Sowjetunion Stalins das politische und gesellschaftliche Vorbild für Deutschland zu sehen. Die Rede, die sie am 30. August 1932 als Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags hielt, schloß sie mit den Worten, sie hoffe noch „das Glück zu erleben, als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen“.

Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt. Aus diesem Grund spricht sich die Kommission gegen die Beibehaltung des Namens Clara-Zetkin-Straße aus.

Die Kommission empfiehlt, zu dem historischen Namen Dorotheenstraße zurückzukehren.

Dorothea, der zweiten Gemahlin des Großen Kurfürsten, verdankt Berlin die Dorotheenstadt. Sie entstand ab 1673 auf einem sumpfigen Ackergelände westlich des Lustgartens, das ihr der große Kurfürst als Hochzeitsgabe überlassen hatte.

Dorothea beauftragte den niederländischen Ingenieur Blesendorf mit der großzügigen Planung von 200 Häusern in Anlehnung an die Erweiterung der Stadt Amsterdam und die dort gemachten Erfahrungen mit einem schwierigen Baugelände. Eine beispielgebende Pioniertat weit über Berlin hinaus!

Zur Erleichterung der Ansiedlung wurden zehn Freijahre, Bürgerrecht, freie Ansiedlung der Zünfte, Gilden und Gewerke, Freiheit von städtischen Abgaben mit Ausnahme der Akzise, Bauholzzuweisungen, religiöse Toleranz und für alle gerichtliche Verfahren unmittelbares Appellationsrecht an den Landesherrn garantiert.

Seit dem Potsdamer Edikt ließen sich deshalb von Jahr zu Jahr mehr Refugies in der Dorotheenstadt nieder, in der 1687 die erste protestantische Kirche nach der Reformation - die Dorotheenstädtische - geweiht wurde.

Die Dorotheenstraße ist die Hauptachse dieses für die Baugeschichte Berlins geschichtlich bedeutenden Stadtteils aus dem 17. Jahrhundert; sie ist zugleich eine heute sehr wichtige Erinnerung an vorbildliche Weltaufgeschlossenheit und Toleranz Berlins in historischer Zeit.



Sophie Dorothea von Preussen



**Die Kommission empfiehlt, die Dimitroffstraße in Erzberger-/Hilferdingstraße umzubenennen.**

Der gebürtige Bulgare Georgij Dimitroff verdankt seinen bis heute fortwirkenden Nimbus seinem kämpferischen Auftreten im Reichstagsbrandprozeß von 1933. Als Generalsekretär der Kommunistischen Internationale (1934 - 1943) war er einer der engsten Mitarbeiter Stalins. Er war mitverantwortlich für den Terror gegenüber seinen Gegnern in der bulgarischen KP, die 1934 spurlos verschwanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte er als bulgarischer Ministerpräsident eine maßgebliche Rolle bei der Unterdrückung der Opposition und der Errichtung einer stalinistischen Parteidiktatur.

So wenig wie bei anderen leitenden Funktionären der Komintern gibt es im Falle Dimitroffs einen posthumen Anspruch auf öffentliche Ehrung durch ein Gemeinwesen, das seine demokratischen Grundwerte ernst nimmt.

Entsprechend den in der Präambel dargelegten Grundsätzen empfiehlt die Kommission dem Bezirk Prenzlauer Berg, bei der Umbenennung der bisherigen Dimitroffstraße an die Ehrung von zwei Persönlichkeiten zu denken, deren Namen mit der Geschichte der ersten deutschen Demokratie eng verbunden sind: Matthias Erzberger und Rudolf Hilferding. Beide hatten in der Weimarer Republik das Amt des Finanzministers inne; beide waren engagierte Demokraten; beide wurden Opfer rechtsradikaler Gewalt. Nach dem Vorschlag der Kommission soll der Teil der Dimitroffstraße, der früher Danziger Straße hieß, nach Erzberger, der andere Teil, die ehemalige Elbinger Straße, nach Hilferding benannt werden.



Dimitroffstraße / Ecke Senefelderstraße

Matthias Erzberger, geboren 1875 im württembergischen Buttenhausen, von Beruf Volksschullehrer, war einer der bekanntesten Politiker des Zentrums im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik. Während des Ersten Weltkriegs verfocht er zunächst umfangreiche deutsche Annexionen, dann aber einen Verständigungsfrieden. Den Haß der nationalistischen Rechten zog sich Erzberger als Kritiker des U-Boot-Krieges zu. Die Aggressionen wuchsen, als er, der inzwischen Staatssekretär der Regierung des Prinzen

Max von Baden geworden war, am 11. November 1918 in Compiègne den Waffenstillstand unterzeichnete. Als Reichsfinanzminister setzte Erzberger 1919/20 eine Reichsfinanzreform durch, die die großen Vermögen belastete und vor allem deshalb heiß umstritten war.

Auf die anhaltende Kampagne der Deutschnationalen antwortete Erzberger mit einem Beleidigungsprozeß gegen den früheren kaiserlichen Staatssekretär Helfferich. Das Verfahren wurde zu einem Paradebeispiel antirepublikanischer Gesinnungsjustiz. Erzberger, der im Verlauf des Prozesses von einem fanatischen Nationalisten durch Revolvergeschüsse erheblich verletzt wurde, trat im Gefolge des ihn belastenden, aber tendenziösen Urteils am 12. März 1920 von seinem Ministeramt zurück. Im Kampf um seine Rehabilitierung gelang ihm der Nachweis, daß die Vorwürfe der Steuerhinterziehung und des Meineids nicht aufrechtzuerhalten waren. Im Juni 1920 wurde Erzberger wieder in den Reichstag gewählt.

Am 26. August 1921 erlag er bei Bad Griesbach im Schwarzwald einem zweiten Revolverattentat, ausgeführt von Angehörigen der rechtsradikalen „Organisation Consul“. Der Anschlag galt nicht nur dem Demokraten Matthias Erzberger, sondern der ersten deutschen Republik insgesamt.

Rudolf Hilferding, 1877 - 1941, war ein bekannter sozialistischer Theoretiker (Hauptwerk: „Das Finanzkapital“, 1910) und sozialdemokratischer Politiker der Weimarer Republik. Zweimal, 1923 und 1928/29, war er Reichsfinanzminister.

Hilferding, in Wien geboren und von Beruf Arzt, war seit 1919 deutscher Staatsbürger. Im Ersten Weltkrieg schloß er sich als Gegner der Bewilligung von Kriegskrediten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an. Innerhalb der USPD

gehörte Hilferding zum gemäßigten rechten Flügel, der die Vereinigung mit der KPD und den Anschluß an die Kommunistische Internationale bekämpfte. Zusammen mit der Minderheit der USPD trat er im September 1922 wieder in die SPD ein. Von 1924 bis 1933 war er Herausgeber der theoretischen Zeitschrift „Die Gesellschaft“. Bis zum Untergang der ersten deutschen Republik setzte sich Hilferding konsequent für die politische Zusammenarbeit der gemäßigten Kräfte in Arbeiterbewegung und Bürgertum ein.

Als Jude war Hilferding stets schärfsten Angriffen der nationalistischen Rechten, vor allem der Nationalsozialisten, ausgesetzt. Im März 1933 emigrierte der langjährige Reichstagsabgeordnete zuerst in die Schweiz. 1938 ging er nach Paris. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs fiel er in die Hände der Gestapo. Mitte Februar 1941 wurde er in seiner Zelle im Pariser Gefängnis La Santé erhängt aufgefunden. Ob er ermordet wurde oder in den Selbstmord getrieben wurde, ist bis heute unklar.



Rudolf Hilferding, Politiker

Matthias Erzberger (links)



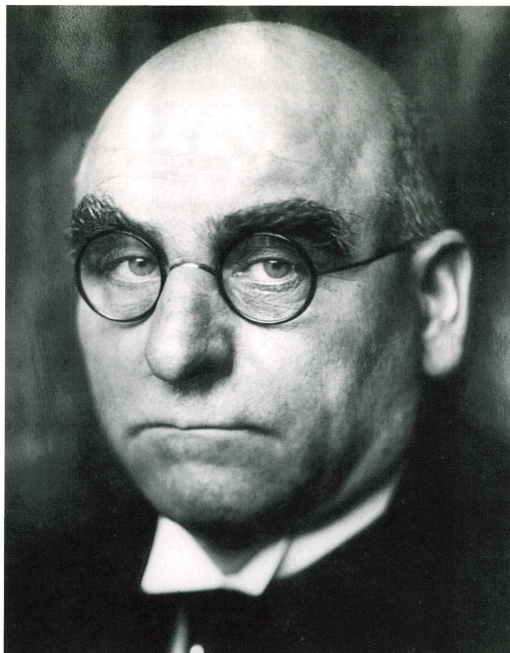
**Die Kommission empfiehlt, die Hans-Beimler-Straße in Otto-Braun-Straße umzubenennen.**

Hans Beimler, der 1936 im Spanischen Bürgerkrieg vor Madrid gefallenen politische Kommissar im „Thälmann-Battalion“, bekleidete vor 1933 wichtige Funktionen in der KPD. 1932 wurde er Politischer Sekretär des Bezirks Südbayern sowie bayerischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter seiner Partei. Im April 1933 wurde er von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert, aus dem er im Mai 1933 fliehen konnte.

Die gelegentlich zu lesende Behauptung, Beimler sei 1936 nicht von einer Kugel der Faschisten getroffen worden, sondern von stalinistischen Geheimagenten umgebracht worden, gehört in den Bereich der Legende (vgl. dazu Hugh Thomas, *Der Spanische Bürgerkrieg*, Berlin 1961, S. 269 f.; Gustav Regler, *Das Ohr des Malchus*, Köln 1960, S. 384 f.) Der persönliche Mut Beimlers ist ebenso unbezweifelbar wie

seine Loyalität gegenüber der kommunistischen Internationale. Als leitender Funktionär der KPD war er mitverantwortlich für den kommunistischen Beitrag zur Zerstörung der ersten deutschen Demokratie.

Otto Braun, geboren 1872 in Königsberg, gelernter Buchdrucker, war von 1920 bis 1932 nahezu ununterbrochen preußischer Ministerpräsident und einer der populärsten Sozialdemokraten der Weimarer Republik. 1911 wurde er erstmals Mitglied des Parteivorstands der SPD. Seit 1913 gehörte er dem Preußischen Abgeordnetenhaus, seit 1919 auch der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und seit 1920 dem Deutschen Reichstag an. Von 1919 bis 1921 war er preußischer Landwirtschaftsminister.



Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident

Als Ministerpräsident trug Braun entscheidend dazu bei, daß das republikanische Preußen sich zu einer der stärksten Säulen der ersten deutschen Demokratie entwickelte. Am 20. Juli 1932 wurde Braun und sein Kabinett von der autoritären Präsidialregierung von Papen durch eine Reichsexekution des Amtes enthoben („Preußenschlag“).

Ende Oktober 1932 bestätigte ihn der Staatsgerichtshof nominell in seinem Amt als preußischer Ministerpräsident. Nach der Machtübertragung an Hitler emigrierte Braun im März 1933 in die Schweiz, wo er seine Memoiren („Von Weimar zu Hitler“, New York 1940) schrieb. Otto Braun starb am 12. Dezember 1955 in Locarno.

**Die Kommission empfiehlt, das Kapelle-Ufer in Treidelufer umzubenennen.**

Die SED hat im kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime stets die konsequenteste und höchste Form des Antifaschismus gesehen. Das Geschichtsbild der SED hat auch in der Umbenennung von Straßen ihren Niederschlag gefunden. Nach dem Buchdrucker Heinz Kapelle, einem kommunistischen Widerstandskämpfer, der 1944 von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde, sind zwei Berliner Straßen benannt: außer dem Kapelle-Ufer die Heinz-Kapelle-Straße im Prenzlauer Berg. Im Falle des Kapelle-Ufers schlägt die Kommission eine Umbenennung, und zwar in Treidelufer vor.

Die Straße hieß bis 1871 Kanalstraße und wurde dann nach dem Prinzen Karl benannt. Das heute wüste Stadtgelände trägt nur einen neutralen Namen. Die Bezeichnung Treidelweg setzt den Schiffbauerdamm fort und erinnert an den Schiffsverkehr auf der Spree im 18. Jahrhundert zwischen dem Schloß in Berlin und dem Schloß Charlottenburg.

Der bisherige Name Kapelle-Ufer ist im übrigen mißverständlich, denn es kann sich sowohl um eine Person als auch um den Hinweis auf den Standort eines Gotteshauses handeln.



Kapelle-Ufer im Bereich des Reichstagsgebäudes



**Die Kommission empfiehlt, die Karl-Liebknecht-Straße von Unter den Linden bis Alexanderplatz in Schinkelallee umzubenennen.**

Die unglücklich und nicht sinnvoll gestaltete Karl-Liebknecht-Straße wird geteilt in den Abschnitt von der Karl-Liebknecht-Brücke bis zum Alexanderplatz und vom Alexanderplatz bis zum Prenzlauer Tor. Der Abschnitt vom Alexanderplatz bis zum Prenzlauer Tor entspricht in etwa dem Verlauf der alten Prenzlauer Straße und behält auf diesem Teilstück den Namen Karl-Liebknecht-Straße.

Karl Liebknecht, geboren am 13.8.1871 in Leipzig, ermordet am 15.1.1919 in Berlin, gehörte zu den großen, aber auch umstrittensten Führern des radikalen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung. Der Kampf, den der promovierte Jurist gegen den preußischen Militarismus führte, brachte ihm 1907 eineinhalb Jahre Festungshaft ein. Im Reichstag, dem er seit 1912 als sozialdemokratischer Abgeordneter angehörte, stimmte er am 4. August 1914 mit seiner Fraktion für die Bewilligung der Kriegskredite. Im Dezember 1914 änderte er seine Position und stimmte als erster Abgeordneter gegen die Kriegskredite. Nach dem Bruch mit seiner Partei wurde Liebknecht am 1. Mai 1916 im Anschluß an eine nicht genehmigte Antikriegskundgebung auf dem Potsdamer Platz verhaftet und wegen Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 23. Oktober 1918 gelangte er auf Grund einer Amnestie in Freiheit.

Liebknechts Kampf gegen einen Krieg, von dem er frühzeitig erkannte, daß er kein deutscher Verteidigungskrieg, sondern ein Krieg um nationale Machterweiterung war, verdient ehrendes Gedenken. Verhängnisvoll war je-

doch die Rolle, die Liebknecht seit November 1918 spielte. Er bekannte sich zu der Revolution der russischen Bolschewiki, die im Januar 1918 die freigewählte Konstituante auseinandergejagt hatten. Im Unterschied zu Rosa Luxemburg hat er die Politik der Bolschewiki nie öffentlich kritisiert. Die von ihm geführte Spartakusgruppe betrieb eine Politik, die auf den Bürgerkrieg abzielte. Jeder Versuch, gegen den Willen der großen Mehrheit eine Diktatur des Proletariats zu errichten, mußte in ein Blutbad münden und die Gefahr einer alliierten Intervention, also des Wiederbeginns des Krieges, heraufbeschwören. Als Liebknecht am 5. Januar 1919 zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann aufrief, gab er das Signal zu einem putschistischen Abenteuer, dessen Ausgang nur die Niederlage der radikalen Kräfte der Berliner Arbeiterschaft sein konnte. Der Januaraufstand von 1919, häufig auch „Spartakusaufstand“ genannt, richtete sich gegen die Abhaltung freier Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, die auf den 19. Januar 1919 festgesetzt waren, und damit gegen die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland.

Zu den Opfern des Aufstands gehörte auch Karl Liebknecht, der am 15. Januar 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet wurde.

Die Abwägung von historischen Verdiensten und historischer Schuld Karl Liebknechts hat die Kommission zu dem Vorschlag veranlaßt, den Namen Karl-Liebknecht-Straße für einen Teil der Straße - vom Alexanderplatz bis zum Beginn der Prenzlauer Allee - bei-

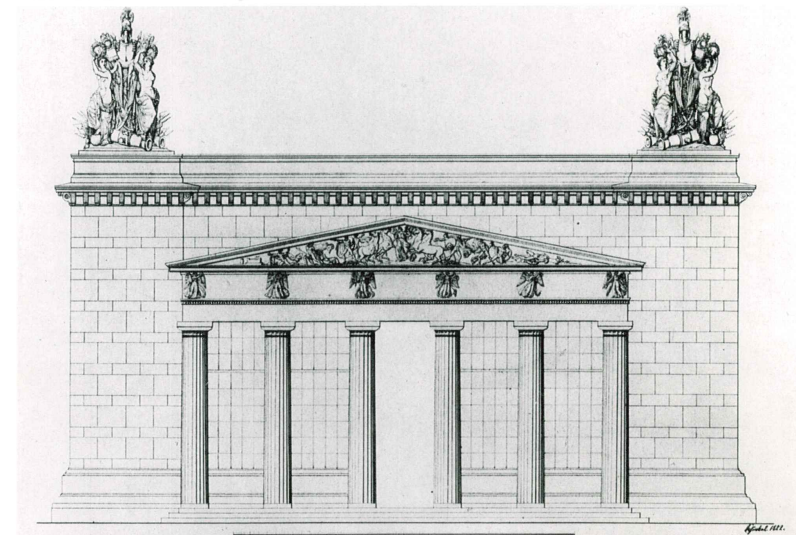
zubehalten, für den Teil von Unter den Linden bis zum Alexanderplatz aber eine Umbenennung vorzunehmen.

Karl Friedrich Schinkel ist nach allgemeiner Überzeugung der bedeutendste deutsche Architekt und Stadtplaner des 19. Jahrhunderts, eine der eindrucksvollsten Persönlichkeiten, die Preußen überhaupt hervorgebracht hat und daher unstrittig ein Mann, der eine Würdigung an zentraler Stelle verdient; mit einer Vorstadtstraße ist es bei ihm nicht getan.

Karl Friedrich Schinkel



Neue Wache, Entwurfzeichnung von K. F. Schinkel 1822



**Die Kommission empfiehlt, die Karl-Marx-Allee von Alexanderplatz bis Strausberger Platz in Hegel-Allee umzubenennen.**

Im Hinblick darauf, daß es in Neukölln eine große Karl-Marx-Straße gibt, empfiehlt die Kommission eine teilweise Umbenennung der Karl-Marx-Allee. Der Teil, der baugeschichtlich eine Einheit bildet und das Gros der ehemaligen Stalinallee umfaßt soll seinen Namen behalten. Der Abschnitt, der vom Alexanderplatz zum Strausberger Platz reicht, soll in Hegel-Allee umbenannt werden.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, geboren 1770 in Stuttgart, gestorben in Berlin 1831, ist eine der größten Gestalten der Philosophie-

geschichte. Von 1818 bis zu seinem Tod war er Professor an der Berliner Universität.

In dieser Zeit entstanden u.a. die „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ und die „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“. Angesichts der Weltgeltung Hegels ist es erstaunlich, daß es in Berlin keine Straße gibt, die nach dem berühmtesten Professor der ältesten Universität benannt ist. Der eher unscheinbare Hegelplatz hinter der Humboldt-Universität (wo im übrigen kein Schild seinen Namen ausweist) wird der Bedeutung Hegels nicht gerecht.

*Karl-Marx-Allee vom Strausberger Platz in Richtung Frankfurter Tor, ehemalige Stalinallee*



**Die Kommission empfiehlt, den Marx-Engels-Platz in Schloßplatz rückzubenennen.**

Der Marx-Engels-Platz entstand als überdimensionierter Platz aus drei Teilen:

- a) Schloßplatz
- b) Lustgarten und
- c) Standort des Schlosses.

Er sollte nach 1950 Mittelpunkt einer auf Demonstrationen beruhenden Öffentlichkeit werden und bei fließenden Demonstrationen Platz für 800.000 Menschen bieten. Städtebaulich ist eine Lösung an diesem Ort nie geschafft worden. Eine Aufgliederung des für die Stadt viel zu großen Raumes scheint dringend geboten.

*Das Stadtschloß um 1903*



Damit ergibt sich die Möglichkeit an den Standort des ehem. Schlosses zu erinnern, das einst der Mittelpunkt der Stadt gewesen ist und auf das sich das Zentrum Berlin konzentrierte. Zugleich erinnert die Wiedergewinnung des Namens Schloßplatz an die Ereignisse der Revolution von 1848.

Die Namen von Marx und Engels werden durch die Umbenennung nicht aus dem Stadtbild entfernt. Es gibt weiterhin (in Neukölln und Friedrichshain) zwei große Straßen, die nach Karl Marx, und in Pankow eine Straße, die nach Friedrich Engels benannt ist.



**Die Kommission empfiehlt, die Mollstr. von der neuen Otto-Braun-Str. bis zum Platz der Vereinten Nationen in Theodor-Wolff-Str. umzubenennen.**

Die Länge der Mollstraße steht in einem Mißverhältnis zur tatsächlichen Bedeutung des Uhrmachers Joseph Moll, eines Mitglieds des Bundes der Kommunisten, der 1849 als Teilnehmer des pfälzisch-badischen Aufstands fiel. Die Kommission empfiehlt daher eine teilweise Umbenennung.

Sie schlägt vor, die Mollstraße von der neuen Otto-Braun-Straße bis zum Platz der Vereinten Nationen in Theodor-Wolff-Straße umzubenennen.

Theodor Wolff gehört zu den größten Vertretern der liberalen Publizistik in Deutschland. 1868 als Sohn eines jüdischen Textilgroßhändlers in Berlin geboren, wurde Wolff 1894 Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatts“, einer Zeitung des Verlagshauses Mosse.

1906 übernahm er die Chefredaktion des

liberalen Blattes. Im Ersten Weltkrieg war Wolff einer der entschiedensten Kritiker eines „Siegfriedens“, d.h. deutscher Annexionen, wie sie von den politischen Rechten gefordert wurden. 1918 beteiligte er sich an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei. In der Weimarer Republik verteidigte er beharrlich die Demokratie gegen die Angriffe ihrer Verächter. Mit dem gleichen Nachdruck trat er für eine dauerhafte Aussöhnung mit Frankreich ein.

1933, nach der Machtübertragung an Hitler, mußte Wolff emigrieren. Im Mai 1943 wurde er von der italienischen Besatzungsmacht in Nizza festgenommen und an die Gestapo ausgeliefert. Nach qualvollen Aufhalten in Gefängnissen und Konzentrationslagern starb Wolff am 23. September 1943 im Berliner Jüdischen Krankenhaus.



*Theodor Wolff,  
Chefredakteur des  
Berliner Tageblatt*

**Die Kommission empfiehlt, die Niederkirchnerstraße in Am Preußischen Landtag umzubenennen.**

Nach der von den Nationalsozialisten hingeworfenen kommunistischen Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner ist bereits die Käthe-Niederkirchner-Straße in Prenzlauer Berg benannt. Die Kommission verweist auf das, was sie in der Präambel zur Überrepräsentanz des kommunistischen Widerstands in Straßennamen aus DDR-Zeiten angeführt hat, und schlägt die Umbenennung in „Am Preußischen Landtag“ vor.

Dieser Name erinnert an Preußen und an die Tradition des Parlamentarismus in diesem einstigen deutschen Staat. Nach vielen Mühen und massiven Forderungen liberaler und demokratischer Kräfte - im Zusammenhang mit der ungelösten Verfassungsfrage - wurde 1847 der Vereinigte Landtag einberufen.

Er tagte, wie später zeitweilig auch das gewählte Haus der Abgeordneten am Dönhofsplatz. 1899 bezogen die Parlamentarier das Gebäude des heutigen Berliner Abgeordnetenhauses.

Im preußischen Abgeordnetenhaus waren lange Zeit, nicht zuletzt in den Jahren des Verfassungskonflikts (1862 – 1866), liberale Kräfte vorherrschend, die sich aber nicht durchzusetzen vermochten. In der Zeit des besitzfreundlichen Dreiklassenwahlrechts (1849 - 1918) konnte die Demokratie nicht zur bestimmenden Kraft werden. Immerhin aber hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, die außerordentliche Machtfülle der preußischen Monarchie zu kritisieren und ihr entgegenzutreten. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang u.a. Rudolf Virchow, der als Abgeordneter lange Zeit einer der hartnäckigsten liberalen Widersacher Bismarcks war. Was die Zeit vor 1918 angeht, erinnert der Name „Am Preußischen Landtag“ an jene Epoche, in der Preußen zwar ein un-demokratischer Staat, aber gleichzeitig ein Rechtsstaat war.

In der Weimarer Republik gehörte der Preußische Landtag zu jenen Landesparlamenten, die am entschiedensten für die Festigung der jungen Demokratie eintraten. Im Dezember 1918 tagte hier der Erste Allge-

meine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, der als Termin für die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung den 19. Januar 1919 festlegte.

Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, das im Zuge der Revolution von 1918/19 an die Stelle des besitzfreundlichen Dreiklassenwahlrechts trat, hat in Preußen einen demokratischen Neuanfang ermöglicht. Die demokratischen Parteien wirkten hier in einer Weise zusammen, die der parlamentarischen Demokratie des größten deutschen Einzelstaates zu einem höheren Maß an Stabilität verhalf, als es sie zwischen 1919 und 1932 auf der Ebene des Reiches gab. Der Name „Am Preußischen Landtag“ soll auch an dieses republikanische Kapitel der preußischen Geschichte erinnern.

*Ehemaliger Preußischer Landtag  
(hier: Abgeordnetenhäuser),  
errichtet 1892-97, wiedererrichtet 1990-93*



## Anhang

### Zuständigkeit bei der Straßenbenennung

Die Be- und Umbenennung von Straßen im Zentralen Bereich ist übertragene Vorbehaltsaufgabe der Bezirke gem. Nr. 10 Abs. 3 rechte Spalte der Anlage zur Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (DVO-AZG) – vgl. Art. III Nr. 5 i.V.m. Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung von Zuständigkeiten für den Ausbau Berlins als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland vom 6. April 1993 (GVBl.

S. 140, berichtigt S. 244) – und unterliegt damit der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe gem. § 8 Allgemeines Zuständigkeitsgesetz (AZG).

Die Be- bzw. Umbenennung kann durch die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe im Rahmen ihres Eintrittsrechts gegenüber dem Bezirksamt gem. § 8 Abs. 3 Buchst. c) AZG erfolgen.

### Unabhängige Kommission zur Umbenennung von Straßen: Abschlußbericht vom 17.4.1994

<b>Insgesamt untersucht:</b>	<b>17 Straßen</b>
<b>Vorschlag Rückbenennung:</b>	<b>4 Straßen</b>
<b>Vorschlag Neubenennung:</b>	<b>3 Straßen</b>
<b>Vorschlag abschnittsweise Neubenennung:</b>	<b>4 Straßen</b>
<b>Vorschlag keine Umbenennung:</b>	<b>5 Straßen</b>
<b>kein Vorschlag</b>	<b>1 Straße</b>

#### Grundsätze:

Im Regierungsviertel und historischen Stadtzentrum werden die Straßennamen von Einheimischen, Besuchern und Staatsgästen als **bewußtes Bekenntnis** sowohl der Hauptstadt wie des Landes verstanden.

Straßennamen im Stadtzentrum einer Hauptstadt sollen von einer breiten Mehrheit der Bürger angenommen werden. Sie sollen **alle Traditionen**, die im Gedächtnis einer pluralistischen, toleranten Demokratie Platz haben, widerspiegeln.

**Die historische Mitte der Bundeshauptstadt gehört nicht nur den Berlinern, sondern allen Deutschen.** Deswegen gilt es gerade hier, historische Einseitigkeiten und Verfälschungen der SED zu korrigieren. Die historische Mitte der Bundeshauptstadt darf nicht den Stempel des Geschichtsbildes einer Partei tragen.

**Die zweite deutsche Demokratie hat keinen Anlaß, Politikerinnen und Politiker zu ehren, die aktiv an der Zerstörung der ersten deutschen Demokratie mitgewirkt haben.** Dasselbe gilt auch für Politikerinnen und Politiker, die nach 1933 die eine totalitäre Diktatur, die der Nationalsozialisten, bekämpft haben, um **eine andere totalitäre Diktatur**, die der Kommunisten, an ihre Stelle zu setzen.

**Rückgriffe auf historische Straßennamen**, die auf die Entstehungsgeschichte des Viertels (Dorotheenstraße) oder auf das Alltagsleben von Berliner Bürgern in vergangenen Tagen (z.B. Treidelufer) verweisen, sollen langandauernde Straßennamen, die von der Tagespolitik unabhängig sind, ermöglichen.

## Schlußbemerkung

Die Kommission hat sich der Gesetzeslage und ihrem Auftrag entsprechend, auf Vorschläge zur Benennung von Straßen und Plätzen in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin beschränkt.

Einige Mitglieder plädieren jedoch nachdrücklich dafür, die in der Preamble dargelegten Grundsätze in allen Bezirken, auch im Westen Berlins, bei der Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen zugrunde zu legen.

### Bilanz der Kommission

#### 1. Rückbenennung wird empfohlen:

- 1.1 Bersarinplatz → Baltenplatz
- 1.2 Clara-Zetkin-Straße → Dorotheenstraße
- 1.3 Marx-Engels-Platz → Schloßplatz
- 1.4 Wilhelm-Pieck-Straße → Torstraße

#### 2. Neubenennung wird empfohlen:

- 2.1 Dimitroffstraße → Erzbergerstraße  
von Schönhauser Allee bis Greifswalder Straße
- 2.2 Dimitroffstraße → Hilferdingstraße  
von Greifswalder Straße bis Landsberger Allee
- 2.3 Hans-Beimler-Straße → Otto-Braun-Straße
- 2.4 Kapelleufer → Treidelufer
- 2.5 Karl-Liebknecht-Straße → Schinkelallee  
von Unter den Linden bis Alexanderplatz
- 2.6 Karl-Marx-Allee → Hegelallee  
von Alexanderplatz bis Strausberger Platz
- 2.7 Mollstraße → Theodor-Wolff-Straße  
von der neuen Otto-Braun-Straße bis Platz der Vereinten Nationen
- 2.8 Niederkirchnerstraße → Am Preußischen Landtag

#### 3. Keine Rück-/Umbenennung wird empfohlen:

- 3.1 Altmstadtstraße
- 3.2 Karl-Liebknecht-Straße  
von Alexanderplatz bis Mollstraße
- 3.3 Littenstraße
- 3.4 Karl-Marx-Allee  
von Strausberger Platz bis Frankfurter Tor
- 3.5 Max-Beer-Straße
- 3.6 Mollstraße  
von Prenzlauer Allee bis zur neuen Otto-Braun-Straße
- 3.7 Rosa-Luxemburg-Platz
- 3.8 Rosa-Luxemburg-Straße